

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XX1/50

Bonn, den 14. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Verstärktes Vertrauen</u>	55

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Bayern und Schleswig-Holstein

1a	<u>Kräfteverschiebung in Dänemark</u>	35
----	---------------------------------------	----

Rückwirkungen auf die Landespolitik?

2 - 3	<u>Reformbedürftiges Disziplinarrecht</u>	67
-------	---	----

Regierungsvorlage genügt nicht modernen Ansprüchen

Von Kurt Geckelde, MdB

4	<u>Kriegsankündigung - Entwicklungshilfe - Brüderlichkeit</u>	50
---	---	----

Ein offenes Wort an die Araber

Von H.G. Ritzel

5 - 6	<u>VOR ZWANZIG JAHREN</u>	90
-------	---------------------------	----

Leipzig: Erinnerungen an Ereignisse des Jahres 1946

Von Alfred Schattank

Vorsitzender der Gewerkschaft EGG

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21531/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Vorstärktes Vertrauen

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Bayern und Schleswig-Holstein

sp - Die am letzten Sonntag stattgefundenen Gemeindevahlen in Schleswig-Holstein und in Bayern haben den deutschen Sozialdemokraten beträchtliche Erfolge gebracht. Ihre Position in den Gemeinde- und Stadtparlamenten, von Ausnahmen abgesehen, ist sowohl im Norden als auch im Süden der Bundesrepublik gestärkt worden, der Vertrauenssockel wurde erweitert.

Auffallend sind die SPD-Stimmen- und Mandatsgewinne in den Städten; in München erzielte der 40-jährige wiedergewählte Oberbürgermeister Dr. Hans Jochen Vogel mit 77,9 Prozent der für ihn abgegebenen Stimmen einen geradezu spektakulären Sieg, der seinesgleichen sucht; sein CSU-Gegenkandidat mußte sich mit weniger als einem Fünftel aller Stimmen begnügen. In diesem einmaligen Ergebnis drückt sich das große Maß von Vertrauen aus, das Vogel als Persönlichkeit und durch sein Wirken als Oberbürgermeister in der Millionenstadt an der Isar erwarb.

Auch die CSU konnte hier und da im Vergleich zu 1962 einiges aufholen, doch am Landesdurchschnitt gemessen überwiegen die Schlapfen ihre Einzelerfolge. Auf die Kandidaten der SPD entfielen nach dem vorläufigen Wahlergebnis 42,7 Prozent aller gültigen Stimmen. Sie gewann im Vergleich zu 1962 4,2 Prozent hinzu und ließ die CSU mit 37,3 Prozent im weiten Abstand zurück. Die SPD nahm mit Ingolstadt und Memmingen ihrer Konkurrentin zwei Rathäuser ab. In der Fuggerstadt Augsburg errang sie mit 50,5 Prozent die absolute Mehrheit. Besonders bitter für die CSU ist das Ergebnis in der ehrwürdigen Bischofsstadt Regensburg. Ihr Kandidat, unterstützt von der Bayernpartei, der FDP und einer Bürgervereinigung, bekam nur ein Drittel aller Stimmen, zwei Drittel erhielt der sozialdemokratische Oberbürgermeister Schlichtinger, dessen Sturz die CSU anstrebte. Das ging gründlich daneben.

Eine noch größere Enttäuschung bedeutet für die CSU das Wahlergebnis in Kulmbach. CSU und FDP, eine freie Wählervereinigung und die NDP gingen ein Wahlbündnis ein, um eine absolute Mehrheit der SPD zu verhindern. Der Partei des Franz Josef Strauß kam das unheilige Wahlbündnis mit der NDP teuer zu stehen. Die Sozialdemokraten ziehen nun mit 64 von 26 Sitzen in das vorher so heiß umkämpfte Stadtparlament ein; ihr Stimmenanteil stieg von 48 auf 53 Prozent.

Beunruhigend ist das in einigen Gebieten Bayerns, vor allem in Mittelfranken, zu beobachtende Ansteigen der Nationaldemokratischen Partei. In Nürnberg und Passau gelang ihr mit sieben bzw. zehn Prozent von allen abgegebenen Stimmen ein Einbruch in die Front der demokratischen Parteien. Die NDP bildet zwar im Landesdurchschnitt mit 2,1 Prozent keine Gefahr für die Demokratie, doch sind die Zeichen eines sich wieder aktiv rührenden Rechtsradikalismus nicht zu übersehen. Hier finden die ewig Gestrigen ein Sammelbecken. Hier gilt es für alle Demokraten, den Anfängen zu wehren. Alle für die NDP abgegebenen Stimmen schaden dem Kredit unseres Volkes im Ausland. Wachsamkeit ist hier geboten.

Der Wähler weiß die solide Arbeit der Sozialdemokraten in den Kommunalparlamenten zu würdigen. Schleswig-Holstein - dort entfielen auf die SPD fast 40 Prozent aller Stimmen, in der alten Hansestadt Lübeck errang sie die absolute Mehrheit - und Bayern brachten wie-

derum den Beweis dafür. Das Vertrauen, das Sozialdemokraten bei diesen Wahlen zusätzlich erwarben, wird nicht enttäuscht werden. Gerade von den neugewählten Gemeinde- und Stadtparlamenten dürften neue Impulse ausgehen, die Finanzreform, das wichtigste Thema deutscher Innenpolitik, nun verstärkt voranzutreiben.

+ + +

Kräfteverschiebung in Dänemark

Rückwirkungen auf die Landespolitik ?

K.K. - Die am vergangenen Dienstag in Dänemark durchgeführten Gemeindewahlen haben der sozialdemokratischen Partei Stimmenverluste gebracht, die jedoch erwartet waren.

Die Parteiengruppierung in Dänemark hat zur Einsetzung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung geführt; diese wird nun für alle unpopulären Maßnahmen verantwortlich gemacht, die zur Sanierung der Staatsfinanzen und zur Schaffung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts notwendig geworden waren. Hierher gehört vor allem die vor kurzem erfolgte Abwicklung der Mietenkontrolle für die älteren Miethäuser. Diese Abwicklung hat bei den Betroffenen mehr als Unbehagen verursacht. Es hat der regierenden Partei offenbar nichts geholfen, daß sie, mit bemerkenswertem taktischen Geschick, für die Beseitigung der Mietenkontrolle auch die Zustimmung der bürgerlichen Oppositionsparteien einschließlich der Konservativen gewonnen hatte.

Als außer der Mietenregelung auch noch sehr wirksame Punktsteuern eingeführt werden mußten, geschah dies schon ohne Mitwirkung der Konservativen, die sich dadurch den Rücken für eine rücksichtslose Wahlpropaganda freihalten konnten. - Die Sozialistische Volkspartei unter der Führung des ehemaligen Kommunisten Aksel Larsen jedoch war an keiner der so wenig volkstümlichen Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen beteiligt und hatte also freie Bahn für eine noch rücksichtslosere Kritik und für noch hemmungslosere Versprechungen. - Die Gewinner der Wahl sind denn auch die Konservativen und die Sozialistische Volkspartei.

Während sich die bürgerliche Oppositionspartei der Radikalen behaupten konnte, hat die Venstre (die zweite bürgerliche Mittelpartei) Einbußen erlitten. - Die Sammlung nach der Mitte, die unter sozialdemokratischer Führung und mit Beteiligung der bürgerlichen Mittelparteien zur Rettung der Wirtschaft und der Staatsfinanzen vorgenommen worden war, hat also zur Stärkung der linken und der rechten Flügelpartei geführt.

Ministerpräsident Krag ist nicht der Meinung, daß das Ergebnis der Gemeindewahl rasche Rückwirkungen auf die Landespolitik haben wird. Gegenteiliger Meinung sind nur die Volkssozialisten und die Konservativen. Die sozialdemokratische Niederlage, die durch einen Stimmenverlust von etwa zwei Prozent ausgedrückt wird, nimmt sich psychologisch größer aus, als sie wirklich ist und ändert nichts an der führenden Stellung der Partei in der dänischen Politik.

+ + +

Reformbedürftiges Disziplinarrecht

Regierungsvorlage genügt nicht modernen Ansprüchen

Von Kurt Gscheidle, MdB

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Tagungswoche den von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung der Bundesdisziplinarordnung und einen Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung der Bundesdisziplinarordnung in erster Lesung dem Ausschuß für Inneres überwiesen.

Das heutige Disziplinarrecht geht in seinen Ursprüngen auf den Obrigkeitsstaat des 18. und 19. Jahrhunderts zurück. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts löste sich das Disziplinarrecht immer mehr aus der engen Verbindung mit dem materiellen und formellen Strafrecht. Bis heute herrscht in Schrifttum und Rechtsprechung die Auffassung vor, daß die Verfehlung eines Beamten ein Dienstvergehen sowie ein Unrecht im strafrechtlichen Sinne darstellen kann. Eine tiefgreifende Reform des Disziplinarrechts muß an diesem Punkt ansetzen und die Frage prüfen, inwieweit sich diese Vorstellungen mit einem sozialen Rechtsstaat vereinbaren lassen. Dabei ist auch zu prüfen, wo bei ausdienstlichen Verfehlungen die Grenze der disziplinarischen Verfolgbarkeit zu ziehen ist.

Unstreitig wurde in den letzten Jahrzehnten der Kreis außerdienstlicher Verfehlungen erweitert und damit der Pflichtenkreis des Beamten immer mehr gesteigert. Das Disziplinarrecht hat sich teilweise zu einem Sonderstrafrechtsgebiet entwickelt, das den einzelnen Beamten teilweise härter trifft als jede strafgerichtliche Verurteilung. Dies bedeutet, daß der Beamte in unserem modernen Rechtsstaat sich ungleich strengeren Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt sieht als dies etwa noch im Weimarer Staat der Fall war. Bei einer Reform des Disziplinarrechts muß auch versucht werden, durch eine einheitliche Regelung der Gerichtsorganisation für Landes- und Bundesbeamte einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung zu leisten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einer kleinen Anfrage im Januar 1965 versucht, Einfluß auf die Vorbereitung einer Novelle zur Bundesdisziplinarordnung zu nehmen.

Die Bundesregierung hat in ihrer damaligen Antwort negativ rea-

giert und eine recht konservative Haltung eingenommen. Der von der Bundesregierung am 11. Mai 1965 - Drs. IV/3386 - eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung der Bundesdisziplinarordnung konnte nicht als eine grundsätzliche Reform des Disziplinarrechts bezeichnet werden.

Der nunmehr von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachte Entwurf - Drs. V/325 - hält sich im allgemeinen an den früheren Regierungsentwurf. Abgesehen von stilistischen Änderungen enthält die Vorlage als wesentliche Neuerung den § 53 a), der mit § 66 der Disziplinarordnung von Niedersachsen übereinstimmt. Damit sollen die unangenehmen Folgen, die sich aus dem Mittelbarkeitsprinzip ergeben, beseitigt werden. In der Literatur wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, daß dies mit einer solchen Regelung nicht erreicht werden kann.

Aus dem Deutschland-Union-Dienst war zu entnehmen, daß der Ausschuß für öffentlichen Dienst der CDU bereits seit Herbst 1965 die Frage einer Reform des Bundesdisziplinarrechts behandelt. Wenn man den Wert dieser Arbeit am vorliegenden Ergebnis mißt, bleibt die Feststellung, daß die CDU/CSU nicht bereit ist, eine durchgreifende Reform des Bundesdisziplinarrechts anzustreben. Gelegentlich ist bei öffentlichen Veranstaltungen der Eindruck entstanden, als betrachte die Bundesregierung die Novellierung des Disziplinarrechts als eine vorranglich zu lösende Aufgabe.

Unbeschadet der von der SPD wiederholt angebotenen Mitarbeit für diese Aufgabe teilen wir diesen Standpunkt nicht. Wir haben eher den Eindruck, daß mangels fehlender Konzeptionen auf den übrigen Gebieten des Beamtenrechts der Ausschuß für Inneres durch diese Vorlage beschäftigt werden soll.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich entsprechend ihrem Antrag im Ausschuß für Inneres für eine Erweiterung der Rechte des Beschuldigten und seines Verteidigers einsetzen und bei der Verfolgung ausserdienstlicher Verfehlungen den Maßstab anlegen, ob durch das Verhalten des Beamten erkennbar die Achtung und das Vertrauen zur Beamten-schaft in der Öffentlichkeit erschüttert worden ist. Entsprechend der Verfolgungsverjährung im allgemeinen Strafrecht fordert sie auch eine gleiche Regelung im Disziplinarrecht.

Kriegsankündigung - Entwicklungshilfe - Brüderlichkeit

Ein offenes Wort an die Araber

Von H.G. Ritzel

Daß Ägypten unter Führung des Präsidenten Nasser offen auf einen Krieg mit Israel zusteuert, ist bekannt. Zu den bisherigen Drohungen Nassers tritt nun eine ernstzunehmende Drohung des neuen syrischen Staatspräsidenten Nouredin Atassi, der die arabischen Staaten zu einem sofortigen "Befreiungskrieg" gegen Israel aufgerufen hat. Atassi sagte Presseberichten zufolge wörtlich:

- * "Je länger wir diesen Krieg hinausschieben, um so mehr Gelegen-
- * heit geben wir dem Feind zu überleben. Ein solcher Krieg würde
- * das geeignete politische und militärische Klima für den Zusam-
- * menschuß der arabischen Länder schaffen."

Es ist eine unverantwortliche Hetze, die hier nicht nur gegen Israel, sondern auf Kosten der ganzen Welt und des so mühselig bewahrten Weltfriedens betrieben wird. Es ist zugleich eine Herausforderung an die westlichen Völker, die damit zu rechnen haben, daß die Millionenbeträge, die von ihren Steuerzahlern für Entwicklungshilfe zugunsten bestimmter arabischer Staaten aufgewendet werden, entgegen dem Willen der Spender auf Umwegen doch dazu dienen, die Kriegsvorbereitungen dieser arabischen Staaten zu finanzieren. Man wird gegen diese Überlegung einwenden, daß die Bewilligung von Entwicklungshilfe gezielt für bestimmte Projekte erfolgt. Wer so denkt belügt sich selbst, denn eine an sich notwendige agrarpolitische oder sonstige wirtschaftspolitische Förderungsmaßnahme müßte ja auch ohne Entwicklungshilfe zu Lasten der Staatshaushalte der in Frage kommenden arabischen Staaten irgendwie gelöst werden. Wenn eigene Mittel dieser Staaten für diesen Bedarf jedoch nicht aufgebracht werden müssen, weil die Entwicklung westlicher Staaten hier einsetzt und praktisch den Haushalt dieser Entwicklungshilfe-Länder im arabischen Bereich entlastet, dann bleibt mehr Geld für die Finanzierung der Raßtiraden und der Kriegsvorbereitungen arabischer Staaten gegen Israel verfügbar.

Wir begehen in diesen Tagen die Woche der Brüderlichkeit. Man kann Brüderlichkeit, also auch Freundschaftsakte, nicht mit Worten beweisen, sondern nur mit Taten. Die Pflege der Gesinnung ist schon eine Tat; aber eine freundschaftliche Maßnahme in einer Woche der Brüderlichkeit sollte nicht nur in wohlmeinenden Versicherungen an die Adresse der im Namen Deutschlands so schwer betroffenen Juden bestehen, sondern auch in einem offenen und ehrlichen Wort an die Adresse der arabischen Kriegshetzer. Es ist hier wie immer: man muß zwischen "Staatsmännern" und ihren Völkern unterscheiden. Nur irreführte Völker beteiligen sich an einer von oben entfachten Kriegshetze. Aber gerade diese arabischen Staatsmänner sollten ins Bewußtsein gerufen bekommen, daß ihre Drohungen gegen Israel auch Drohungen gegen den Frieden der Welt sind und daß sie auf die Dauer nicht erwarten können, daß die Steuerzahler im westlichen Teil dieser Erde Opfer bringen, um ihren Kriegsgelüsten Vorschub zu leisten.

Es ist zu hoffen, daß unsere verantwortlichen Politiker verstanden lernen, daß es besser ist, zur rechten Zeit und zugunsten des rechten Wortes den Mund zu öffnen, als aus falscher Diplomatie heraus schweigend eine Entwicklung zu begünstigen, an deren Ende nur neues Leid, nur Blut, Tränen, Zerstörung und Vernichtung stehen können.

VOR ZWANZIG JAHREN

Leipzig: Erinnerungen an Ereignisse des Jahres 1946

Von Alfred Schattanik

Vorsitzender der Gewerkschaft NGG

Schon lange bevor der offizielle Befehl der Besatzungsmacht für die Zulassung demokratischer Parteien in der sowjetisch besetzten Zone erging, arbeitete im schwer zerstörten Leipzig eine Gruppe früherer Sozialdemokraten an den Vorbereitungen, um auch in dieser Stadt die Partei wieder ins Leben zu rufen. Es waren Männer und Frauen, die meist schon vor 1933 zu den erprobten Funktionären gehörten. Viele von ihnen hatten auch während der ganzen Nazizeit trotz aller Gefahren engen Kontakt untereinander gehalten. Nach dem Zusammenbruch der Hitler-Herrschaft und nach der Auflösung der KZ-Lager stießen noch weitere bewährte Gesinnungsfreunde zu ihnen. Sie alle fanden sich rasch zu einer guten, vertrauensvollen Mannschaft zusammen. Sie hatten keine offizielle Aufforderung, sich politisch zu betätigen, nötig.

Trotzdem wurde der erwähnte Befehl mit Genugtuung aufgenommen; er war das Startzeichen zur offenen - und wie wir damals meinten - ungehinderten Arbeit.

Die Mitbegründer der wiedererstandenen SPD riefen zu einer ersten Großkundgebung auf. Nur wenige Säle standen uns zu solchem Zweck zur Verfügung. Einer war der große Kinosaal des Kapitols in der Peterstraße. Bomben und Feuer hatten ihn verschont. Hier konnten Veranstaltungen in größerem Rahmen durchgeführt werden. Und diesem Saal strebten bewegten Herzens viele alte Sozialdemokraten zu, die es sich kaum hatten träumen lassen, doch eines Tages wieder eine Kundgebung ihrer Partei zu besuchen. Hauptredner war an diesem denkwürdigen Tage Otto Grotewohl, einer der Vorsitzenden der inzwischen von Berlin aus für die ganze Zone fungierenden SPD.

Ich lasse diese erste große Leipziger SPD-Veranstaltung noch heute manchmal in meiner Erinnerung vorüberziehen und denke daran, mit welcher Begeisterung sich Otto Grotewohl für die Ziele der SPD einsetzte, wie überzeugend er zwischen uns und der KPD einen scharfen Strich zog. Ein großer Teil seiner Rede war eine unmißverständliche Absage an die KPD. Allen augenfällig war seine Überzeugung von einem eindeutigen Sieg des demokratischen Sozialismus bei den kommenden Wahlen.

Grotewohl beschwor uns Sozialdemokraten, nie zu vergessen, welche Schuld die KPD durch ihr Verhalten in der Zeit vor 1933 auf sich geladen hat. Er ließ es nicht an deutlichen Beispielen fehlen. Unmißverständlich war seine Folgerung, daß die KPD durch ihr Verhalten in der Weimarer Zeit Hitler mit zur Macht verholfen hat.

Diese eindringliche Mahnung Grotewohls an seine Leipziger Parteifreunde bleibt mir unvergeßlich. Und deshalb war nicht nur mir,

sondern auch allen anderen Leipziger Parteifreunden das plötzliche Umschwenken, dieser Gesinnungswandel des Vorsitzenden zu den Kommunisten völlig unbegreiflich. Wir waren bestürzt und entsetzt. Aus dem überzeugten Sozialdemokraten wurde ein charakterloser Mitläufer der KPD, der sich anschickte, die Verschmelzung der SPD mit der KPD zur "Sozialistischen Einheitspartei" zu vollziehen.

Grotewohl ist inzwischen, wie es aussieht, enttäuscht und verbittert gestorben. Sein Verhalten hat uns zu sehr getroffen. Trotzdem, so sehr die Erkenntnis schmerzt, für manche alte Sozialdemokraten war ein solches Verhalten typisch. Ich kenne eine ganze Reihe, die sich mit ehrlichem Herzen und in gutem Glauben für die Vereinigung eingesetzt haben. Sie wollten damit die "Einheit der Arbeiterklasse", den Wunschtraum der Sozialisten während der ganzen Weimarer Zeit, Wirklichkeit werden lassen. Sie wurden nicht weniger hart enttäuscht.

In Grunde ging es den Aposteln der Einheitsidee bei der KPD um nichts anderes, als das eindeutige Bekenntnis der arbeitenden Schichten zur SPD zu verleugnen und das offenkundige Fiasko der KPD zu verhindern. Der Aufbau der Organisationen der beiden Parteien und der Besuch der Versammlungen ließen eine solche Entwicklung nicht nur ahnen, sondern machten sie zur Gewißheit. Die meisten Sozialdemokraten ließen sich jedoch von den Sirenentönen den Kopf nicht verwirren. Sie widersetzten sich dem vor allem von der Besatzungsmacht geförderten Anliegen. Vielleicht bestärkte gerade das ihr Mißtrauen. Die Funktionäre der KPD fürchteten deshalb zu Recht, daß sich in der Versammlung im Leipziger Felsenkeller, in der die Vereinigung beschlossen werden sollte, die ablehnende Haltung durchsetzen würde.

Die Schrittmacher der Verschmelzung beugten deshalb der zu erwartenden Fleite gründlich vor. Für einige kam das sehr überraschend, für andere nicht. Mitten aus der Versammlung heraus wurde unser verehrter Freund, Erich Schilling - er war vor 1933 Vorsitzender des ADGB in Leipzig - von sowjetischen Sicherheitsbeamten aus dem Saal geführt. Erich Schilling galt als einer der entschiedensten Gegner der Vereinigung. Sicher hätte er vor der Versammlung mit seinen Argumenten nicht hinter dem Berge gehalten. So wurde aber verhindert, daß ein ausersehener Gegner zu Worte kam.

Für die Versammlung war das ein schwerer Schock. Leider hatte dieses schändliche Vorgehen noch zur Folge, daß eine ganze Reihe Gleichgesinnter aus Protest die Versammlung verließen. Womit, wenn auch ungewollt, den Matadoren der Verschmelzung zum Erfolg verholfen wurde. Mit diesem Vorgehen - es wiederholte sich in dieser oder ähnlicher Form in der ganzen sowjetischen Zone - war nicht der Weg der Demokratie, sondern wiederum der Gewalt eingeschlagen. Während sich in den westlichen Besatzungszonen nach und nach die demokratische Ordnung immer mehr festigte und alle Zukunftschancen bewahrt blieben, wurde die Sowjetzone immer mehr in die Fesseln der Diktatur zurückgestoßen.